

sten in Deutschland kommt. Ferner waren anwesend Dr. Weinberg, Rabbiner in Frankfurt/Main, sowie der Leiter der Darmstädter jüdischen Gemeinde. Dr. Leo Baeck führte die Tagung in die geistige Lage des heutigen Judentums ein. Ausgehend von der jüdischen Geschichte der vergangenen drei Jahrhunderte wies er auf die Erneuerungsbestrebungen hin und versuchte, den Zuhörern etwas von dem Geheimnis dieses Volkes deutlich zu machen, dessen Geschichte nie Profangeschichte war. Die engen Verbindungen von Judentum und Christentum (die überwiegende Mehrzahl der Juden lebt auch heute noch in christlicher Umgebung) wurden schon hier angedeutet.

Zwei Vorträge von Herrn Hoffmann, Hamburg, und Oberregierungsrät Dr. Radlauer, Berlin, die in der Hilfsarbeit für die rasseverfolgten Christen stehen, gaben einen Überblick über die Lage dieser Christen in Deutschland. An einzelnen Beispielen wurde gezeigt, wie sich viele ehemals Verfolgte noch heute im Zustand eines nach langer Krankheit Genesenden befinden, der besonderer Schonung und Hilfe bedarf, und wie sie nach der Währungsreform in neue Not geraten sind. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Kirchen es auch an Fürbitte für diese Menschen mit schweren Erinnerungen haben fehlen lassen. Eine Reihe von Einzelfällen, die mit dem Thema dieser Vorträge zusammenhingen, wurde in kleineren Arbeitsgruppen erörtert. Dabei wurde die Notwendigkeit besonderer seelsorglicher Hilfe für die rasseverfolgten Christen in ganz Deutschland, die oft noch keine Heimat in ihren Kirchengemeinden gefunden haben, deutlich. Es wurde der Christen in Deutschland und auch im Ausland gedacht, die sich ihrer Brüder aus Israel in der Zeit der Verfolgung und der notvollen Gegenwart angenommen haben. Die Flüchtlingskommission des Weltkirchenrates, die immer wieder Hilfe ermöglichte, war durch Oberkirchenrat Kloppenburg aus Genf zeitweise vertreten.

Über das Verhältnis von Kirche und Synagoge sprach Dozent Wittenberg von der Evangelischen Theologischen Hochschule Neuendettelsau. „Israel ist da, damit es die Unruhe der Welt mit Gott erhalte“. Im Gleichnis vom verlorenen Sohn komme zum Ausdruck, daß das Christentum der jüngere Bruder sei, den Gott aufgenommen habe, während der Jude als älterer Bruder leiden müsse. Wenn sich die Kirche als jüngerer Bruder der Synagoge versteht, so wird ihr grobe und feine Judenfeindschaft unmöglich sein. Wirkliche Christen werden die Eigenart der Juden verstehen und ihnen ihren köstlichen Besitz, den Glauben an den Messias Jesus, nicht vorenthalten wollen.

Zum Schluß sprach Professor Lic. Rengstorf über „die eine Kirche aus Juden und Heiden“. Gefährlicher als alle Zertrennungen wäre für die Kirche ein Riß zwischen Christen jüdischer und nichtjüdischer Herkunft. Dies würde die Folge haben, daß die Kirche ihre Würde als das Volk Gottes verlieren und in zwei Sekten zerfallen würde, die auch im Falle organisatorischer Zusammenfassung nicht mehr als Kirche des Neuen Testaments gelten könnten.

Ein Besuch in dem Lager Bensheim, in dem etwa 850 meist ostjüdische Verschleppte (DPs) sind, die drei Jahre nach dem Grauen der kaum abgewendeten Vernichtung noch immer in einem recht primitiven Lagerleben darauf warten, dieses endlich aufgeben zu können und auszuwandern, erinnerte die Teilnehmer u. a. auch deutlich

darán, daß sich also in etwa 2—3 Jahren kaum noch jüdische Menschen in Deutschland befinden dürften und demnach für Deutschland jetzt die letzte Chance ist, ihnen den Christus der Christen zu zeigen, ehe sie weggehen. In derselben Erkenntnis, daß man in Deutschland nicht lange noch Juden unter den Christen haben werde, wurde — obwohl die Frist eines Jahres für eine innere Vorbereitung auf eine solche wahrhaft ökumenische Tagung wie diese es war, zu kurz sei — doch beschlossen, sie im Hinblick auf diese Tatsache in Jahresfrist wieder stattfinden zu lassen.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### Aus Süd- und Westeuropa

#### **Änderung im kirchlichen Eherecht**

Durch ein Motu Proprio (enthalten in den Acta Apostolicae Sedis 1948, Heft 8 bis 9) hat Papst Pius XII. den Can. 1099 des C.J.C. außer Kraft gesetzt. Dieser Canon besagt, daß alle, die im katholischen Glauben getauft, aber in ihrer Jugend der Häresie oder dem Schisma verfallen sind oder ohne Religion erzogen wurden, nicht verpflichtet sind, die Bestimmungen des Trienter Konzils über die Eheschließung zu beobachten. Im Hinblick auf die Ergebnisse einer dreißigjährigen Erfahrung hat nun der Heilige Vater diese Ausnahme beseitigt.

#### **Direktiven des Hl. Vaters für die Katholische Aktion in Indien**

Der Hl. Vater hat kürzlich dem Erzbischof von Madras und dem indischen Episkopat Direktiven für die Organisation der Katholischen Aktion in Indien zugehen lassen.

Er hat in seinem Brief zuerst die indische Hierarchie zu den bisher erreichten Fortschritten auf dem Gebiet der Katholischen Aktion beglückwünscht; diese hat kürzlich ein Nationalkomitee der Katholischen Aktion für Indien errichten können. Heute, so fährt der Papst fort, steht Indien an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Es ist von der größten Bedeutung, daß die Katholiken ihren Beitrag zur Organisation des Landes liefern und ihre Landsleute an dem geistigen Erbe teilhaben lassen, das ihnen anvertraut worden ist. Das Ziel der Katholischen Aktion — die Ankunft des Reiches Gottes — unterscheidet sich grundlegend von dem der Parteien und aller anderen Bewegungen. Als direkte Mitarbeit der Laien am Apostolat der Hierarchie muß sich die Katholische Aktion zweifellos der Autorität der Bischöfe, „die eingesetzt sind, die Kirche des Herrn zu weiden“ (Apg. XX, 28), in ihren jeweiligen Diözesen unter der obersten Jurisdiktion des Hl. Vaters unterordnen. Daher erscheint es richtig, im gegenwärtigen Augenblick eine der Sektionen der indischen Bischofskonferenz mit der Organisation der Katholischen Aktion zu betrauen. Der für diese Aufgabe vorgeschlagene Prälat soll die Tätigkeit der verschiedenen Gruppen koordinieren und sie in allen Sektoren von nationalem Interesse überwachen. Dadurch werden die verschiedenen Verbände auf nationaler Ebene zusammenarbeiten und doch zugleich ihre Autonomie bewahren.

Ein Gefühl möge vor allem die Laien, die am Apostolat des Priesters mitarbeiten, beseelen: *sentire cum ecclesia*.



Der Hl. Vater betont auch insbesondere die Notwendigkeit einer gründlichen religiösen und moralischen Bildung der Aktivisten. Was das Mitglied der Katholischen Aktion kennzeichnet und es zu einem Streiter Christi zu Hause, in der Arbeit und in allen Kreisen des sozialen Lebens macht, ist die Unantastbarkeit seines christlichen Lebens; diese beruht auf dem Studium, nährt sich an den Sakramenten, dem Gebet und der Übung des christlichen Lebens.

Die Ausbildung der Laienapostel, so schloß der Papst, ist Sache des Welt- und Ordensklerus. Er muß es als seine heilige Pflicht betrachten, die Zahl der Männer, Frauen und Jugendlichen zu steigern, die sich entschlossen der Ausbreitung des Reiches Gottes widmen wollen, indem sie ihre Brüder zu Christus und seiner heiligen Kirche hinführen.

**Indizierung  
der Bücher  
J. P. Sartres**

Durch ein Dekret des Heiligen Offiziums vom 27. Oktober 1948, das mit dem Datum vom 30. Oktober 1948 veröffentlicht worden ist, sind die sämtlichen Werke des bekannten französischen Existentialisten Jean Paul Sartre auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt worden.

**Die Woche  
für die Einheit  
der Kirche  
in Bologna**

Wie wir bereits in der Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 12, S. 538 berichtet haben, fand in Bologna auf Anregung des Kardinalerzbischofs im September eine Woche für die Einheit der Kirche statt. Sie endete mit einer Festkundgebung, an der 4 Kardinäle, 40 Erzbischöfe und Bischöfe, tausende von Priestern und eine große Menge Volkes teilnahmen. Kardinal Ruffini hielt den Schlußvortrag, in dem die Lehrpositionen der Kirche zu dem Thema „Irrtümer gegen die Einheit und ihre Widerlegung“ dargelegt wurden. Zum Schluß wurden vier praktische Wünsche öffentlich verlesen, die die Leitung der Tagung kurz vorher formuliert hatte, nämlich: daß dieser „Woche für die Einheit“ periodisch andere in den verschiedenen Städten und sowohl regionalen wie nationalen Charakters folgen mögen; daß in allen Pfarreien die Gebetswoche für die Einheit abgehalten werden möge, wobei zum mindesten der Sonntag in der Gebetsoktav feierlich begangen werden soll; daß in jeder Diözese ein Delegat des Werkes „Pro Unione“ ernannt werden möge, der insbesondere den Kontakt mit der „Unitas“ pflegen soll; daß Klerus und Gläubige durch die Heiligkeit ihres Lebens, durch den Adel des Kults, durch die inspirierte Caritas bei allen gegebenen Zusammentreffen dazu beitragen mögen, die ursprüngliche Sendung der katholischen Kirche vor den Augen der getrennten Brüder aufleuchten zu lassen.

Kardinal Agagianian hat als Vertreter der orientalischen Kirchen die Grüße der östlichen Brüder überbracht, indem er deren Bindung an Rom besonders unterstrich; er wurde mit langanhaltendem Applaus begrüßt. Der armenische Kardinal hielt auch am folgenden Sonntag in S. Petronio in Bologna das feierliche Pontifikalamt nach armenischem Ritus.

**Christlich-soziale  
Internationale**

Die „Internationale christlich-soziale Vereinigung“ (St. Gallen), in der katholische soziale Organe und sozial tätige Persönlichkeiten aus fast allen Ländern der Welt zusammenge-

schlossen sind, tagte vom 20. bis 22. Oktober 1948 in der Schweiz und hat einen großen internationalen Kongreß vorbereitet, der im Mai/Juni 1949 in Einsiedeln stattfinden wird. An dieser Vorbereitung waren auch drei deutsche Mitglieder der Christlichen Internationale beteiligt: Verbandspräsident Dr. H. J. Schmitt, Präsident Josef Gockeln und Dr. P. H. Werhahn. Das Grundthema des Kongresses lautet: „Arbeit als Existenzsicherung“. Umfangreiche Vorarbeiten in den einzelnen Ländern sind in Angriff genommen, damit auf dem Kongreß ein vollständiges Bild über die heute noch unzureichende Sicherung der personalen und familiären Existenz entworfen werden kann.

**Gründung  
des  
Internationalen Büros  
der  
Katholischen Jugend**

Der Internationale Katholische Jugendkongreß, der in Rom im September stattgefunden hat, hat eine ständige Organisation für die katholische Jugend der Welt geschaffen. Diese Organisation bildet ein Glied der Katholischen Aktion, indem sie zu den Einrichtungen gehört, die die Zusammenarbeit der Laien mit der Kirche ordnen. Sie unterhält ein „Internationales Büro der Katholischen Jugend“. Bei der Beratung über die Konstituierung dieses Büros waren 23 Nationen anwesend. Die Beratung war langwierig und mühsam durch die vielen nötigen Übersetzungen. Man kam aber zu dem gemeinsamen Ergebnis, daß eine internationale Zusammenarbeit notwendig sei; daß diese Zusammenarbeit sich in einem Sekretariat der Vertreter der katholischen Jugendorganisationen der Welt verkörpern müsse; und daß als Sitz dieses Sekretariats nur Rom in Frage käme.

Bei der Beratung der Form, die man diesem Sekretariat geben solle, kam man zu dem Entscheid, einen Rat zu gründen, in dem jede Delegation durch einen Vertreter repräsentiert werden wird; neben diesem soll ein Exekutivkomitee von 7 Mitgliedern stehen, deren eines der verantwortliche Sekretär der Arbeit des Sekretariats selber sein soll.

Anschließend wurden die Vertreter des Rates gewählt. Unter den 7 Mitgliedern des Komitees wurde ein Platz freigelassen für einen Abgeordneten der Nationen, die erst späterhin beitreten werden. Von den bereits ernannten 6 anderen ist einer Italiener (und es soll immer ein Italiener dabei sei); die anderen gehören folgenden Nationen an: Spanien, Schweiz, Polen, Mexiko, Brasilien und nochmals Italien.

Das Amt des ständigen Sekretärs soll dem Italiener in Permanenz obliegen.

**Weltunion  
der Männer  
der  
Katholischen Aktion**

In dem gleichen Augenblick, da in Paris die Vereinten Nationen zusammentraten, trafen sich in Lourdes die Führer der Männerorganisationen der Katholischen Aktion aus 18 Ländern, um zum ersten Mal in der Geschichte einen Zusammenschluß katholischer Männer aller Länder zum Zweck gemeinsamer katholischer Aktion im öffentlichen Leben der Welt ins Werk zu setzen. Die katholischen Männer Italiens unter ihrem aktiven Führer Dr. Luigi Gedda hatten dazu die Initiative ergriffen und die Einladung erlassen. Wenn diese Initiative von einem dauernden Erfolg gekrönt sein sollte und zu einer lebendigen Vereinigung der Kräfte



führte, könnte ihre Auswirkung auf die Weltöffentlichkeit und das internationale Leben in der Zukunft einmal dazu berechtigen, den 18. September 1948 als ein Ereignis der Kirchengeschichte festzuhalten.

An diesem Tage hieß der Führer der französischen Männerbewegung *Jean le Cour Grandmaison* die Brüder aus aller Welt an der heiligen Stätte willkommen, oder vielmehr er weigerte sich, dies zu tun, weil an einem solchen Ort alle Christen in derselben Weise daheim sind. Dieser Ton brüderlicher Einigkeit beherrschte die ganze Tagung. Luigi Gedda sagte in seiner Rede, es handle sich darum, die Folgerungen zu ziehen aus der Wahrheit, daß wir im mystischen Leibe des Herrn alle zu heiliger Einheit verbunden sind, und man müsse diese Einheit auch in der katholischen Männerwelt vor aller Augen sichtbar darstellen.

Diese Einigung der Männer ist das letzte und neueste Ereignis auf dem Wege zu weltweiter Zusammenfassung der Kräfte katholischer Aktion; die Weltunion der Frauen, der Jungfrauen, die Pax Romana der Studenten und ebenfalls erst anfangs September die Vereinigung der männlichen Jugend gingen ihm voraus.

Papst Pius XII. hatte Kardinal Pizzardo, der sich um den Aufbau der Katholischen Aktion in Italien hohe Verdienste erworben hat, beauftragt, ein Begrüßungsschreiben nach Lourdes zu senden. Der Kardinal spricht darin die Hoffnung aus, der Zusammenschluß der Männer werde der Kirche in den gegenwärtigen Nöten Erleichterung bringen. Der Papst billige ihn und wünsche, daß er sich im Sinne der Richtlinien auswirken möge, die der Heilige Vater am 7. 9. 1947 den Männern der Katholischen Aktion Italiens gegeben hat. (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jg., H. 2, S. 72).

Die Versammlung beschloß am folgenden Tage die Gründung der „Internationalen Union katholischer Männer“ mit einem Sekretariat in Rom. Die Gründung trägt provisorischen Charakter. Ein Weltkongreß der Männer in Rom soll im Heiligen Jahr 1950 der Organisation ihre definitive Form geben, nachdem die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, die Vereinigungen der Länder von zum Teil abweichender Struktur auf ein gemeinsames Programm zu verpflichten. Der vorläufigen Union traten die Männervereinigungen der Katholischen Aktion folgender Länder bei: Argentinien, Österreich, Belgien, Kanada, Chile, Cuba, Spanien, Frankreich, Guatemala, Italien, Luxemburg, Malta, Holland, Polen, Rumänien, San Salvador, Schweiz und Uruguay. Daß die Vereinigten Staaten und England in dieser Liste fehlen, liegt daran, daß die Katholische Aktion der Männer in diesen beiden Ländern die Form spezialisierter Vereinigungen besitzt, wie sie etwa in Amerika die Kolumbusritter darstellen. Über ihre Beteiligung werden alsbald Verhandlungen stattfinden.

Die Tagung von Lourdes sandte eine Botschaft an die Männer aller Länder, die auch den Vereinten Nationen zugestellt wurde. Darin heißt es:

„Als Vertreter der Männer der Katholischen Aktion in unseren Ländern haben wir beschlossen, eine internationale Vereinigung der Männer der Katholischen Aktion zu bilden. Bei dieser Gelegenheit senden wir allen Männern guten Willens in allen Ländern der Welt unsere brüderlichen Grüße. Wir halten es für nützlich, sie mit unseren Absichten bekanntzumachen und präzisieren sie in folgenden Punkten:

1. Die tiefste Ursache der Übel, die gegenwärtig die

Menschheit überfluten, ist nicht in der materiellen Ordnung der äußeren Verhältnisse allein zu suchen, wie oberflächliche Beobachter glauben; sie ist vor allem geistiger und innerlicher Natur. Sie liegt in der Unwissenheit über das wirkliche Wesen des Menschen und der Übertretung des Gesetzes, das dem Menschen durch den Schöpfer auferlegt ist. Dies Gesetz betrifft nicht nur das ewige Heil im jenseitigen Dasein, es ist auch in diesem Leben Bedingung für Wohlstand und Frieden der Menschen und Völker. In der Form, wie es von der katholischen Soziallehre ausgesprochen wird, enthält es die ursprüngliche und einzige Formel zur Lösung des gegenwärtigen und immer gegenwärtigen sozialen Problems.

2. Das göttliche Gesetz ist die unerläßliche Grundlage des persönlichen, familiären, sozialen, nationalen und internationalen Lebens. Es ist ausgedrückt in den Lehren des menschengewordenen Sohnes Gottes, unseres Herrn Jesus Christus.

3. Die Verkündigung der Wahrheit fordert eine Auktorialität, die sie wachsam bewahrt, auslegt und auf die Bedürfnisse aller Zeitalter und Menschen anwendet und zugleich den Geist der Einheit verbürgt. Dieses Amt der Auslegung hat nach dem ausdrücklichen Willen Christi der Papst.

4. Der nationale und internationale Friede wird nur wirklich, fruchtbar und dauernd werden, im Maße die Völker sich einigen im Glauben an Christus, der Liebe zur Kirche und der Ausübung der christlichen Tugenden, die ihre Wurzel haben in der freien Hingabe der Herzen und der Gesinnung jedes einzelnen.“

#### Katholischer Unternehmerverein Italiens

Im Oktober hielt der Verband katholischer Unternehmer Italiens, auf dessen „Soziales Programm“ wir im nächsten Heft zurückkommen werden, in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Unternehmerkreisen seine erste nationale Gesamttagung in Venedig; sie stand unter dem Thema: „Der Mensch in der Welt der Arbeit“. Beeindruckt von der Vermassung des Menschen durch die Gewalt der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Mächte, denen sein Leben ausgeliefert ist, und überzeugt, daß weder die liberal-kapitalistische noch die kollektivistische Ideologie dieser Vermassung wirksam begegnen können, suchten die Teilnehmer der Tagung die christliche Sozialidee auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten der italienischen Produktion anzuwenden und diskutierten über die Voraussetzungen einer wahrhaft menschlichen Existenz des Arbeiters im modernen Industriebetrieb. Zwei Fragen fanden besonderes Interesse: das Problem einer persönlicheren Gestaltung der industriellen Betriebsgemeinschaft und die Umgestaltung der Verhältnisse der Landarbeiter im Hinblick auf die Weckung eines größeren Interesses des schaffenden Menschen an der Produktivität seiner Arbeit.

Die Diskussion war dadurch besonders fruchtbar, daß die Unternehmer aufs lebhafteste ihre persönlichen Erfahrungen sprechen ließen. Immer wieder zeigte sich eine sehr verschiedene Auffassung der Dinge und ein starker Gegensatz zwischen solchen Unternehmern, die aus eigener Initiative in ihren Betrieben Maßnahmen zur Hebung der menschlichen Position des Arbeiters versucht haben und von Erfolgen zu berichten wußten, und anderen, die eine Verwirklichung christlicher Grundsätze in der modernen Betriebswirtschaft sehr skeptisch beur-



teilten. Im ganzen war bei der Tagung eine wirkliche Unruhe nach sozialer Gerechtigkeit zu spüren und ein ernster Wille, dem Unrecht zu begegnen, das in der Proletarität so vieler in der Wirtschaft mitschaffender Menschen liegt.

Die Union der christlichen Unternehmer wird von Berichterstattern als eine Avantgarde der christlichen Gesellschaftsauffassung auf einem Gebiet, das bis dahin noch kaum erobert ist, bezeichnet. In den Kreisen ihrer Mitglieder zeigt sich ein empfindliches Gefühl für die Verantwortung, die sich aus dem christlichen Bekenntnis für das wirtschaftliche Verhalten ergibt.

**Verbindung zwischen christlichen Arbeitgebervereinen verschiedener Länder** Eine Abordnung der Union christlicher leitender Unternehmer Italiens (UCID), die sich aus Industriellen und Grundbesitzern aus verschiedenen

Landschaften Italiens zusammensetzte, hat Ende September die Organisationen der „Patrons Catholiques“ in Belgien und Holland besucht. Holland und Belgien stehen heute an der Spitze mit ihren Verwirklichungen sozialer Reformen auf diesem Gebiet und konnten den Besuchern reiche Anregungen bieten. Am interessantesten waren die Besuche in den Gevaert-Fabriken in Mortsel-Antwerpen, im Bell-Telephon-Werk in Antwerpen und in den Walzwerken in Baitsfort für den industriellen Sektor, dann die Besuche im Hauptsitz des Boerenbonds in Löwen, im Polder-Gebiet in Nordostholland, auf dem großen Deich, auf dem Käsemarkt in Alkmaar und in anderen Versuchsbetrieben in beiden Ländern für den landwirtschaftlichen Sektor.

**Priester und Arbeiter in Italien** Ein römischer Jesuit, P. Rotondi SJ,

hat sich durch Straßenpredigten und Unterhaltungen mit Arbeitern in ihren Fabriken Popularität erworben. Er hat darüber im „Osservatore Romano“ berichtet. Es lag ihm daran, die pessimistische Meinung zu zerstreuen, der italienische Arbeiter sei für den Geistlichen nicht ansprechbar. Das ist nach P. Rotondi nur die eine Seite der Wahrheit.

Der italienische Arbeiter hat nur etwas gegen die Priester im allgemeinen; gegen den einzelnen Priester, den er kennt, hat er nichts! P. Rotondi selber hat niemals Feindseligkeit getroffen. Der allgemeine Antiklerikalismus der Arbeiter rührt nur daher, daß sie glauben, alle Priester seien, weil sie gegen den Kommunismus sind, auch gegen ihre Interessen.

Das Thema, mit dem P. Rotondi den Arbeitern nahegekommen ist, ist das von der Wiedergeburt Italiens. „Bei dieser Wiedergeburt Italiens wird der Kommunismus vernichtet werden. Der Kommunismus wird bald und plötzlich zusammenbrechen, aber keiner seiner positiven Aspekte wird mit untergehen, denn nicht der Antikommunismus, sondern Jesus wird die Dinge in die Hand nehmen. Die Zeit Christi wird — von den Massen vielleicht unbewußt erwartet — bald kommen“. Das ist die Meinung P. Rotondis über die religiöse Lage in Italien.

P. Rotondi begann sogleich nach der Befreiung Italiens mit seinen Predigten, zuerst bei den Verkehrsangestellten von Rom, mit dem Ergebnis, daß sich 2000 von 9000 dem Gebetsapostolat einreiheten. Nach und nach erwarb er sich immer mehr Erfahrungen in dieser Arbeit und

wandte sich an immer neue Arbeitergruppen, bis er zum „Arbeiterspezialisten“ wurde. Seit 1947 dehnt er seine Tätigkeit auch über Rom hinaus aus und zieht überall große Massen von Arbeitern an.

In Januar dieses Jahres hat er eine öffentliche Debatte mit einem kommunistischen Professor von der Universität Rom gehalten, die ihn noch bekannter gemacht hat. Seither wirkt er vor allem auch in den kommunistischen Landstrichen Italiens, in der Gegend von Carrara, Livorno, Grosseto. Er selber stammt aus dem Volk und betont, daß er Sohn, Enkel und Bruder von Arbeitern ist.

**Der französische Episkopat zu den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen**

Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs, die vom 19. bis 21. Oktober in Paris stattfand, erließ eine Kundgebung, in der zunächst Gottes Segen auf die UN-Generalversammlung herabgefleht wird. Dann erklären die französischen Kardinäle und Erzbischöfe zu den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen in Frankreich:

„Frankreich gibt gegenwärtig das schmerzliche Schauspiel eines Landes, dessen Bürger scheinbar alles suchen, was die einen gegen die anderen aufbringen kann. Wohl ist es in einer demokratischen Ordnung Recht und Übung, daß die politischen Parteien frei einander gegenüber stehen. Aber es ist ihnen nicht gestattet, dem Haß, dieser Veranlassung zu Bürgerkriegen, zu folgen. Das Streikrecht ist in der Verfassung verankert, und heute haben gewisse Gruppen von Arbeitern aus der Notlage heraus, die aus dem wachsenden Mißverhältnis zwischen Lohn und Preis entstanden ist, sich gezwungen gesehen, zu ihm ihre Zuflucht zu nehmen. Aber es ist nicht gestattet, das Streikrecht zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, und das noch in einer Weise, daß die Nation selbst verletzt und die Autorität des Staates beeinträchtigt wird. Für das allgemeine wirtschaftliche Gedeihen ist es unumgänglich, daß jeder aus seiner Arbeit einen gerechten Gewinn zieht. Aber es ist durchaus unhaltbar, daß aus dem Widerstreit der gewerkschaftlichen und privaten Interessen derartige wirtschaftliche Zustände entstehen, daß der übertriebene Gewinn der einen das Minimum an Gütern raubt, auf das jeder arbeitende Mensch für sich und seine Familie Anspruch hat.“

Die Kundgebung drückt zum Schluß die Überzeugung aus, daß Frankreich ohne diese inneren Gegensätze schnell seine alte Größe und sein Gleichgewicht wieder finden würde und daß das französische Volk ohne psychologische Belastung durch sie auch leichter die Entbehrungen dieser Notzeit auf sich nehmen würde.

**Tagung der Arbeiterseelsorger in Versailles**

Vom 21. bis 25. September fand in Versailles die jährliche Zusammenkunft der Vereinigten Seelsorger der Katholischen Aktion der Arbeiter in Frankreich statt. Auch einige Gäste aus Belgien, England, der Schweiz, dem Saargebiet und Deutschland hatten sich eingefunden; im ganzen waren etwa 200 bis 250 Seelsorger um ihre Führer versammelt. Es fand eine Reihe von Vorträgen statt, in denen hervorragende Theologen und Soziologen den Arbeiterseelsorgern ein umfassendes Bild der modernen Welt entwarfen, der modernen Welt in ihrem religiösen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aspekt. Das



Bild, das auf diese Weise entrollt wurde, machte den Arbeiterseelsorgern die ganze Dringlichkeit ihres Apostolats aufs deutlichste fühlbar.

Diese Dringlichkeit der Aufgabe unterstrich auch Kardinal Suhard, der die Tagung besuchte und eine Ansprache an die Seelsorger hielt. Er betonte vor allem, wie segensreich überhaupt die spezialisierten Bewegungen der Katholischen Aktion seien. Er forderte seine Zuhörer auf, aus dem festen Glauben an ihre Aufgabe Mut und Tatkraft zu ziehen. Ihre Aufgabe sei es in erster Linie, den Schichten, in denen sie wirkten, den Glauben vorzuleben, denn dadurch geben sie denen, die sie sehen, gültiges Zeugnis für den Wert des Glaubens. Kardinal Suhard versicherte die Seelsorger des Interesses und der Teilnahme des gesamten Episkopats.

Das Wichtigste bei der Tagung waren die Diskussionen und Aussprachen. In diesen klagten viele Seelsorger der JOC darüber, daß die Aktivisten dieser Bewegung augenblicklich zu isoliert arbeiten, was ihrer Arbeit einen Teil ihrer Wirksamkeit entzöge und zu einer gewissen Müdigkeit führe. Um dieser Sachlage entgegenzuwirken, muß man den jungen Aktivisten vor allem ein genau bestimmtes Wirkungsfeld zuweisen; das sollte vorwiegend die Fabrik, der Betrieb, die Werkstatt sein, da dort die Elemente des sozialen Lebens am zahlreichsten in Erscheinung treten.

Die jungen Aktivisten sollen aber nicht jeder für sich kämpfen, ohne einander zu kennen und sich mit einander zu beraten oder sich einem gemeinsamen Plan unterzuordnen, wie es heute oft geschieht. Gerade hier hat der Verband der Seelsorger seine Rolle zu spielen, deren Pflicht und Aufgabe es ist, die Einzelnen zu sammeln und zu gruppieren, um durch gemeinsames Handeln dauerhafte Wirkungen zustande zu bringen.

Dieser Vorwurf, der hier erhoben wurde, nämlich daß die Aktivisten der JOC nicht mehr genügend ausgebildet würden, hat mit Recht Eindruck gemacht. Man hat daraufhin mit großem Eifer über die beste Methode, die angewandt werden könnte, diskutiert. Einhellig kam man zu der Ansicht, daß es immer das beste sei, die jungen Menschen tätig einzusetzen; sie würden dann von selbst bei allen Fehlschlägen zu den Seelsorgern kommen und sich Rat holen, und auf diese Weise werde sich das persönliche Verhältnis zwischen Aktivisten und Seelsorgern zwanglos vertiefen und freundschaftlich festigen. Was sie dann zuerst lernen müßten, sei die Bemühung um ein klares Urteil sowohl in religiösen wie in menschlichen Dingen. Gegenüber der Arbeit in Arbeitskreisen bestanden allerhand Bedenken. Manche der Arbeiterseelsorger standen durchaus negativ zu dieser alten Arbeitsmethode, da sie nicht unmittelbar genug an den Einzelnen herantühre. Sie sind mehr für persönliche Gespräche, in denen freundschaftliche Haltung die Grundlage der Wirkung sei. Den richtigen Augenblick, um diesen persönlichen Anstoß zu geben, muß der Seelsorger finden. Diese Methode ist besonders bei den Jungen, den Lehrlingen erfolgreich.

Holländisch-  
Belgische  
Soziale Woche

Führende Persönlichkeiten des holländischen Katholizismus — darunter der Ministerpräsident und der Erziehungsminister Hollands — kamen in Roëduc zu einer Sozialen Studienwoche zusammen. Die belgische katho-

liche Arbeiterbewegung und die Universität Löwen waren durch Delegationen vertreten. Ein allgemeines Kennzeichen der Konferenz war das Bemühen, aus der Phase theoretischer Besinnung zur praktischen Aktion und zur Formulierung konkreter Aufgaben zu gelangen. Drei Probleme standen im Mittelpunkt der Erörterungen: Die Haltung der Katholiken gegenüber dem modernen Staat, Fragen des Unternehmertums und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit. In fast allen Referaten wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Katholik sich überall zur Mitarbeit anbieten muß, wo sich positive Ansätze zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben unserer Zeit zeigen. Das wurde besonders in den beiden Referaten von Dr. Cornelissen über „Christentum und Demokratie“ und von Paul Seegers (Präsident der christlichen Arbeitervereinigung Belgiens) über „Internationale Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet“ betont. Ersterer kritisierte in seinen Ausführungen scharf die Interesslosigkeit der Katholiken seines Landes gegenüber der Politik. In der heutigen Situation müßten die Katholiken „das Salz der politischen Erde“ sein. Paul Seegers meinte in seinem Referat, die Teilung Europas in einen westlichen und einen östlichen Block müsse wohl oder übel als Tatsache hingenommen werden. Westeuropa müsse in fester und geeinter Haltung die notwendigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen ergreifen, um „den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen“. Der Redner nannte drei Voraussetzungen für eine gemeinsame Aktion der Westmächte: Zusammenarbeit der politischen Parteien, beständigere nationale Regierungen und schließlich eine intensivere internationale Zusammenarbeit. Paul Seegers wies dann auf das Übergewicht der sozialistischen Gruppen in Westeuropa hin, die unter Führung der englischen Regierung und der Labour-Party die Durchführung der westeuropäischen Reformmaßnahmen und des Marshall-Planes in die Hand genommen hätten. Es sei aber dem Sozialismus nicht möglich, den wahren Geist Westeuropas zu vertreten und gegen den Osten zu schützen. Dem Sozialismus fehle die Verankerung in einer die Freiheit der menschlichen Person würdigenden religiösen und moralischen Weltanschauung. Paul Seegers forderte von den Katholiken eine erhöhte politische Aktivität und eine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Gruppen. Das Christentum sei berufen, im sozialen und politischen Raum die Tätigkeit der Sozialisten zu ergänzen, zu korrigieren und in Westeuropa das zu verwirklichen, was der Sozialismus aus innerem Unvermögen nicht schaffen könne.

Die  
spanischen  
Erzbischöfe  
zur Lage  
des Protestantismus

Die Lage des spanischen Protestantismus war in den vergangenen Monaten Gegenstand mannigfacher Presseberichte. Die Herder-Korrespondenz teilte im September (12. Heft, 2. Jhg., S. 552) das Ergebnis einer Untersuchung mit, die der Bischof von Genf an Ort und Stelle hatte durchführen lassen. Auch die spanischen Metropolen haben in einem Hirtenbrief am 28. Mai d. J. zu den Vorwürfen Stellung genommen, die den spanischen Katholiken auch von Glaubensgenossen des Auslandes gemacht worden sind, und sie haben die dogmatischen Grundsätze dargelegt, die sie in ihrer Haltung bestimmen.



Der Hirtenbrief stellt fest, daß der Katholik in der Frage nach der Toleranz und der Kultusfreiheit andersgläubiger Religionsgemeinschaften gebunden ist durch das Dogma und das öffentliche Kirchenrecht, deren Grundsätze zudem in verschiedenen Enzykliken der neueren Zeit authentisch ausgelegt worden sind. Leo XIII. hat in seiner Enzyklika „*Libertas praestantissimum*“ vom 20. 6. 1888 die Auffassung verworfen, daß die natürliche Freiheit des Menschen das Recht einschließe, eine beliebige Religion auszuüben. Die Freiheit, lehrt er, empfängt ihre Norm durch die Wahrheit. In dem gleichen Rundschreiben hat der Papst die religiöse Neutralität des Staates als einen Irrtum verurteilt. Nur unter gewissen Umständen ist die Duldung anderer Bekenntnisse durch den Staat zu rechtfertigen, um ein größeres Übel zu verhüten oder einen höheren Wert zu wahren. Ein Staat ist aber um so unvollkommener, je mehr er zu dieser Toleranz gezwungen ist, die immer nur soweit gehen darf, als es das Gemeinwohl unbedingt erfordert.

Spanien ist nun aber, wie die Erzbischöfe schreiben, ein statistisch und tatsächlich katholisches Land. Die Zahl der andersgläubigen Spanier ist so gering, daß eine besondere Rücksichtnahme auf ihre Religionsgemeinschaft nicht als ein Erfordernis des Gemeinwohls bezeichnet werden kann. Wenn der Artikel 6 der spanischen Verfassung trotzdem ein Element der Toleranz enthält, liegt darin ein Entgegenkommen gegenüber den Notwendigkeiten der auswärtigen Politik und der allgemeinen Kirchenpolitik; denn in den Heimatländern der ausländischen Protestanten, die in Spanien ihren Wohnsitz haben, wohnen z. T. beträchtliche katholische Minoritäten. Dieser Rücksicht ist Genüge geschehen dadurch, daß die private Ausübung andersgläubiger Kulte gestattet wurde. Der Artikel 6 lautet: „Das Bekenntnis und die Ausübung der katholischen Religion, welche die Religion des spanischen Staates ist, genießt öffentlichen Schutz. Niemand wird in seiner religiösen Überzeugung und der privaten Ausübung seines Kultes gehindert. Äußere Zeremonien und Kundgebungen werden der katholischen Religion vorbehalten.“ Man kann nach Ansicht der spanischen Metropolen nicht die Forderung auf uneingeschränkte Kultfreiheit oder gar auf protestantische Mission aus diesem Artikel herleiten, was aber geschehen ist und zu den bedauerlichen Zwischenfällen geführt hat.

„Es ist erstaunlich“, sagt der Hirtenbrief, „daß es außerhalb Spaniens Katholiken gibt, die von ihrem Standpunkt aus die katholische Einheit angreifen und Ansichten vertreten, die sowohl mit dem Syllabus Pius' IX. (Satz 78) wie mit der Enzyklika „*Libertas praestantissimum*“ Leos XIII. ganz unverträglich sind... Wir spanischen Katholiken hüten uns, unsere Brüder zu kritisieren, die in verschiedenen Staaten und Nationen in der Minorität leben, weil sie unter dem Banner der Freiheit Schutz suchen; aber das kann uns nicht veranlassen, dem Irrtum grundsätzlich dasselbe Recht zuzugestehen wie der Wahrheit. Die Katholiken, gleichviel welcher Länder, mögen sich hüten, ... die Katholiken Spaniens und aller anderen Länder, die das große Glück haben, die katholische Einheit zu bewahren, anzuklagen, sie wären intransigent und rückschrittlich, weil sie diese katholische Einheit verteidigen. Es ist unmöglich, an die katholische Kirche zu glauben, ohne als Ideal für jeden Staat und jede Nation das Ideal der katholischen Einheit zu ersehen.“

Es muß beachtet werden, daß dieser Hirtenbrief ausdrücklich als „Instruktion an die spanischen Katholiken“ bezeichnet wird, die, wie die Erzbischöfe sagen, notwendig geworden ist, weil durch eine intensive protestantische Missionstätigkeit den weniger unterrichteten Katholiken Gefahr droht.

Der Hirtenbrief verwirft jede Art gewalttätiger Reaktion der Gläubigen auf diese Missionierung. Die Bischöfe betonen, daß ihre Haltung sich auf ihre Pflicht gründe, den katholischen Glauben als geoffenbarte Wahrheit zu verteidigen. Diese Pflicht soll indes mit Verständnis, Milde und wirklicher Liebe nach dem Gebot Christi verbunden bleiben. Sie wollen niemandem mit irgendeiner Art von Zwang den katholischen Glauben aufdrängen, hoffen vielmehr auf die Stunde, „da sich die Bemühungen aller, die an Christus und die Werte des Geistes glauben, vereinigen werden gegen den Materialismus der totalitären Tyrannei jeder Form und seine Folgen im sozialen und politischen Leben.“

#### **Volksdeutsche Flüchtlingsseelsorge in Österreich**

Jede Seelsorge in einer entwurzelten und sozial gedrückten Bevölkerungsschicht sieht sich vor außerordentliche, fast unlösbare Schwierigkeiten gestellt. Das Bewußtsein, Unrecht zu erleiden, schafft einen Zustand der Verbitterung und Verhärtung, in welchem religiöses Leben nicht gedeiht. Das ist die schmerzliche Erfahrung der Arbeiterseelsorge des vergangenen und gegenwärtigen Jahrhunderts und ist nun die Erfahrung der Flüchtlingsseelsorge. Die Gefahr ist groß, daß sich in den Vertriebenen und Heimatlosen eine ähnliche Abwendung von Religion und Kirche vollzieht, wie es in der Arbeiterschaft bereits geschehen ist.

Die volksdeutschen Flüchtlinge in Österreich stammen zum größten Teil aus Jugoslawien, Rumänien und aus dem Sudetenland und waren dort, vor allem im Südosten, wohlhabende Bauern und Handwerker. Die Flüchtlinge aus dem Südosten sind in zwei großen Wellen nach Österreich gekommen, die einen noch vor Kriegsende, nachdem sie, teils aus Furcht vor den heranrückenden Armeen und den Partisanen, teils auf Befehl deutscher Dienststellen ihre Heimat verlassen hatten, die anderen erst 1946/47, nachdem tausende in den „Todeslagern“ Jugoslawiens verhungert waren und jede Hoffnung erloschen war, im Land verbleiben zu können. Die Ersteren konnten noch Pferd und Wagen und einige wertvolle Habe mitnehmen, die anderen kamen, physisch auf das schwerste geschädigt und beladen mit den schrecklichen Erlebnissen, als Bettler über die Grenze. In sozialer Hinsicht sind die Ersteren daher etwas besser gestellt, auch weil sie schon länger Zeit hatten, sich eine neue Existenz zu schaffen.

Die volksdeutschen Flüchtlinge in Österreich stammen zum größten Teil aus Jugoslawien, Rumänien und aus dem Sudetenland und waren dort, vor allem im Südosten, wohlhabende Bauern und Handwerker. Die Flüchtlinge aus dem Südosten sind in zwei großen Wellen nach Österreich gekommen, die einen noch vor Kriegsende, nachdem sie, teils aus Furcht vor den heranrückenden Armeen und den Partisanen, teils auf Befehl deutscher Dienststellen ihre Heimat verlassen hatten, die anderen erst 1946/47, nachdem tausende in den „Todeslagern“ Jugoslawiens verhungert waren und jede Hoffnung erloschen war, im Land verbleiben zu können. Die Ersteren konnten noch Pferd und Wagen und einige wertvolle Habe mitnehmen, die anderen kamen, physisch auf das schwerste geschädigt und beladen mit den schrecklichen Erlebnissen, als Bettler über die Grenze. In sozialer Hinsicht sind die Ersteren daher etwas besser gestellt, auch weil sie schon länger Zeit hatten, sich eine neue Existenz zu schaffen.

Unter ähnlich furchtbaren Verhältnissen vollzog sich 1945/46 die Ausweisung der Sudetendeutschen. Aus ihrem Besitz verjagt, auf dem Weg oder in den Lagern brutal mißhandelt, sind die Überlebenden gleichfalls dem physischen Elend und quälenden Erinnerungen überantwortet. Die soziale Lage der Flüchtlinge ist aber nicht nur durch Besitzlosigkeit und Wohnungsnot charakterisiert, sondern auch durch Benachteiligung von seiten der österreichischen Behörden. Als Staatenlose sind sie von den Rechten des österreichischen Staatsbürgers ausgeschlossen; die Arbeitsämter drängen sie in die Berufe des Landarbeiters und Hilfsarbeiters ab und verwehren



ihnen die Ausübung ihrer erlernten Berufe; bei Betriebs-  
einschränkungen sind sie die ersten, die entlassen wer-  
den usw.

Dazu kommt die ablehnende Haltung der einheimischen  
Bevölkerung gegenüber den Ausländern überhaupt, eine  
Ablehnung, die durch Nachrichten über kriminelle Ver-  
gehen von — überwiegend nichtdeutschen — Ausländern  
immer neue Nahrung erhält und auch die Volksdeut-  
schen mitbetrifft. Alle diese Faktoren können nur zu  
Verbitterung und Abstumpfung führen und machen die  
soziale Krise zu einer moralischen und religiösen. Noch  
ist es nicht so weit, aber die Tendenz in dieser Richtung  
ist nicht zu verkennen.

Ein Teil der Flüchtlinge, namentlich in großen Städten,  
ist in Lagern untergebracht und wird durch besondere  
Lagerpfarrer betreut, die gleichfalls Flüchtlinge sind und  
infolge dieser Gemeinsamkeit des Schicksals von den  
Lagerinsassen gerne gesehen werden. Die Messen und  
Andachten im Lager, bei welchen die Lieder und Gebete  
der Heimat verwendet werden, sind im allgemeinen gut  
besucht. Es bedarf keiner näheren Ausführung, wie das  
Zusammenleben auf engstem Raum und unter primitiv-  
sten Verhältnissen die Familie und die Kindererziehung  
gefährdet. In diesem Milieu ist die Verproletarisierung  
besonders fühlbar.

Für die außerhalb der Lager über Stadt und Land ver-  
streut lebenden Volksdeutschen besteht das Problem  
darin, ob sie zu den Ortspfarrern, zu denen sie kirchen-  
rechtlich gehören, eine innerliche Beziehung finden und  
auf diese Weise „eingepfarrt“ werden können. Lange Zeit  
sah man hierin kein besonderes Problem: Kirche und  
Pfarrer waren ja da und brauchten nur aufgesucht zu  
werden. Die Erfahrung zeigte jedoch, daß es den Flücht-  
lingen sehr schwer fällt, zur Pfarre Zugang zu finden.  
Sie waren ihre heimatlichen Lieder und Gebräuche ge-  
wöhnt und fühlten sich fremd in ihrer neuen Wohnge-  
meinde. Auch die ortsansässige Bevölkerung zeigte meist  
wenig Verständnis für sie und machte ihnen die Einglie-  
derung nicht leicht. Es wurde wiederholt besonders in  
Oberösterreich beobachtet, daß viele Volksdeutsche des-  
wegen nicht zur Sonntagsmesse kommen, weil ihnen der  
traditionelle Brauch, die Kirchensitze zu vergeben, nur  
die Stehplätze übrig läßt, wodurch sie sich als Menschen  
zweiter Klasse behandelt fühlen und lieber ganz weg-  
bleiben. Das sind nicht vereinzelte Erscheinungen einer  
übertriebenen Empfindlichkeit, sondern der natürliche  
Ausdruck eines durch soziale Deklassierung und erlitte-  
nes Unrecht gekränkten Ehrgefühls. Die Fremdheit ist  
wohl allmählich im Schwinden, aber immer noch wahr-  
zunehmen.

Am stärksten fühlen sich die Flüchtlinge angesprochen,  
wenn sie von einem Priester ihrer alten Heimat aufge-  
sucht werden. Da stellt sich immer ein Vertrauensver-  
hältnis und eine Herzlichkeit ein, wie es gegenüber dem  
Ortspfarrer kaum der Fall ist. Sehr bewährt haben sich  
eigene Flüchtlingsgottesdienste, Totenfeiern und Wall-  
fahrten, auf welchen die altgewohnten Lieder und Gebete  
ein Stück Heimat erleben lassen und der predigende  
Priester ganz aus der Situation der Flüchtlinge spricht.

Nach den letzten amtlichen Statistiken vom 1. Juli 1948  
leben gegenwärtig 420 000 Volksdeutsche in Österreich,  
und zwar in Wien 89 500, Niederösterreich 31 500, Bur-  
genland 5000, Oberösterreich 143 500, Salzburg 27 000,  
Steiermark 57 000, Kärnten 16 500, Tirol und Vorarlberg  
50 000. Von diesen sind 70 bis 80 Prozent Katholiken.

In Wien ist die Flüchtlingsseelsorge 1945 aus der cari-  
tativen Betreuung der Flüchtlinge erwachsen und wird  
vom Flüchtlingsreferenten der Caritas und von der Flüch-  
tlingsseelsorge der Erzdiozese Wien durchgeführt. Gegen-  
wärtig sind in der Zentralstelle und in den großen La-  
gern 8 Priester hauptamtlich tätig. Die großen Flüch-  
tlingsgottesdienste, die mehrmals im Jahr in der Karls-  
kirche abgehalten werden, zählten etwa 5000 bis 6000  
Besucher, die Flüchtlingswallfahrt nach Maria-Lanzendorf  
am 12. September 1200. Sehr bewährt haben sich die  
landsmannschaftlich gebundenen Feiern (für Sudeten-  
deutsche, Banater Schwaben usw.), weil in den Flücht-  
lingen gerade das landsmannschaftliche Gefühl sehr aus-  
geprägt ist. Ferner haben verschiedene Wiener Pfarrer  
eine eigene Flüchtlingsseelsorge mit besonderen Jugend-  
gruppen, Männer- und Frauenrunden und Gottesdiensten.  
Die Zentralstelle hat auch ein eigenes Flüchtlingsgebet-  
buch geschaffen und gibt als wöchentliche Beilage zum  
Kirchenblatt die „Heimatglocken“ heraus.

In Graz ist seit April 1948 ein Flüchtlingspriester für  
die Flüchtlingsseelsorge freigestellt, betreut die Lager  
und besucht die vielen kleinen Gruppen im Land. Auch  
in einigen Industrieorten (Kapfenberg, Leibnitz) besteht  
eine eigene Seelsorge in den dortigen Lagern.

In Oberösterreich richtete das bischöfliche Seelsorgeamt  
im Herbst 1947 eine eigene Flüchtlingsseelsorge ein.  
Sechs Flüchtlingspriester sind als Lagerpfarrer in den  
großen Lagern tätig und bereisen in zunehmendem Maße  
das Land.

In Salzburg ist das Zentrum der Flüchtlingsseelsorge die  
Barackensiedlung bei der Lehener Brücke, wo bereits  
seit 1945 eine umfassende caritative und seelsorgliche  
Betreuung ausgeübt wird. Da diese Betreuung schon so  
früh einsetzte und sich in einem relativ kleinen Kreis  
bewegte, konnte der sittlichen und religiösen Verwahr-  
losung von Anfang an erfolgreich entgegengewirkt wer-  
den. In der Barackensiedlung sind fünf Kindergärten mit  
300 Kindern, eine Schule, eigene Jugendgruppen und  
ein leistungsfähiger Jugendchor. Ein „Donau-schwäbi-  
scher Kulturabend“ im Festspielhaus im April 1948 hat  
vielfach dazu beigetragen, die Vertriebenen mit der ein-  
heimischen Bevölkerung in Beziehung zu bringen und  
ihnen das Bewußtsein ihres Wertes wiederzugeben. Ge-  
rade die Erfahrungen in Salzburg beweisen, welcher  
Wert einer auf dauerndem persönlichem Kontakt be-  
ruhenden Flüchtlingsseelsorge zukommt.

#### Aus Ost- und Südosteuropa

##### Der Papst und die polnischen Westgrenzen

In einem noch von dem verstorbenen  
Kardinal Hlond als Primas von Polen  
unterschiedenen Hirtenbrief des pol-  
nischen Episkopates, der am 31. Ok-  
tober in den polnischen Kirchen verlesen wurde, wird  
zu der Frage der polnischen Westgrenzen folgendes ge-  
sagt:

„Kardinal Sapieha, Erzbischof von Krakau, hat von sei-  
nem kürzlichen Besuch in Rom die offizielle Versiche-  
rung mitgebracht, daß der Heilige Vater niemals die  
Grenzen der polnischen Republik bestritten, und daß er  
niemals beabsichtigt hat, diese Frage anzuschneiden, die  
außerhalb der Zuständigkeit der kirchlichen Behörden  
liegt und von den internationalen Übereinkommen ab-



hängt. Der Papst hat dem Kardinal Sapieha ebenso erklärt, daß er trotz des unpassenden Charakters gewisser Angriffe seine Haltung der Freundschaft gegenüber Polen nicht geändert hat."

#### Die Religions- gemeinschaften in der Sowjetunion

Die große Enzyklopädie, die kürzlich in Moskau veröffentlicht wurde, bringt Angaben über die in Rußland anerkannten Religionsgemeinschaften. An erster Stelle steht die russisch-orthodoxe Kirche in Moskau, an zweiter Stelle die Mohammedaner, an dritter Stelle die Katholiken. Als Oberhaupt der katholischen Kirche in Rußland nennt die Enzyklopädie Msgr. Springovics, Erzbischof von Riga, mit zwei Bischöfen und einer nicht näher genannten Zahl von Geistlichen. Die Enzyklopädie enthält sich jeglicher Angaben über die griechisch-katholische Kirche der Ukraine, die einst einen eigenen Episkopat und ein gut ausgebautes Schulwesen hatte. Ebenso fehlen jegliche Angaben über die Zahl der Gläubigen und über die Zahl der Gotteshäuser der genannten Religionsgemeinschaften.

#### Ehescheidungen in der CSR im Wachsen

Die eben veröffentlichte Ehescheidungsstatistik der CSR für 1946 wird in der amtlichen tschechischen Presse mit Besorgnis kommentiert. Schon der Stand von 1945 mit 7898 Scheidungen galt als Rekord, 1946 hat aber fast 4000 Fälle mehr gebracht: 11 711, das heißt 123 Scheidungen auf 100 000 Einwohner. Die religiösen Mischehen sind daran mit 18,8%, die nationalen mit 16,8% beteiligt; 45% der geschiedenen Ehen waren kinderlos, doch zerbrachen selbst noch Ehen mit 10 Kindern. Bezeichnend ist der hohe Anteil der Großstädte: Prag allein hatte 2678 Fälle, während alle kleinen Gemeinden unter 500 Einwohnern zusammen nur 1074 aufwiesen. Als schuldig erkannt wurde in 23,1% der Gatte, in 8,9% die Ehefrau, in 55,8% der Fälle wurde eine Schuld nicht festgestellt. Als Scheidungsgrund galt in 722 Fällen Ehebruch, davon 316 durch den Mann, 288 durch die Frau, 118 durch beide... In den meisten Fällen aber wurde als Grund tiefes Zerwürfnis (5929) oder unüberwindliche Abneigung (3314) anerkannt — in mehr als drei Vierteln aller Fälle! Die Ehescheidungsziffern für 1947 sollen kein Nachlassen zeigen. Die ganze Erscheinung wird auch von der amtlichen Presse als besonders besorgniserregend angesehen, weil sich die offizielle sowjetische Praxis heute schon längst dem Schutz der Ehe und der Erschwerung der Scheidung zugewendet hat und die hohen Ehescheidungszahlen der CSR daher als ein bedenkliches Zeichen westlicher Infektion bezeichnet werden.

#### Aus Nord- und Südamerika

#### Die Zukunft der Welt

Die „Amerikanische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft“ hielt in Washington ihre 100. Jahresversammlung ab. Die Presse berichtet über den niederdrückenden und von Pessimismus erfüllten Ausblick in die Zukunft, den man bei dieser Tagung gewann. Ein Berichterstatter schreibt: „Nach dem Resultat dieser Versammlung ist man be-

rechtigt zu der Folgerung, daß die Zukunft der Welt eben nicht allein in die Hände der Wissenschaftler gelegt werden kann“.

Es war viel die Rede davon, daß man eine neue Moral und einen neuen Menschen schaffen müsse. „Wenn das nicht gelingt,“ sagte Edmund W. Sinnott, der Präsident der Gesellschaft und Professor an der Yale-Universität, „dann gibt es keine Hoffnung mehr für die Menschheit.“ Wenn man aber berücksichtigt, daß gleichzeitig sehr scharfe Angriffe gegen jegliches Dogma gerichtet wurden, ist der Christ geneigt, sich von den moralischen Bemühungen der amerikanischen Wissenschaftler nicht sehr viel zu versprechen.

Einer der Hauptredner war Dr. Chisholm, der Leiter der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen. Er hat seine Ansicht über das Problem der Moral bereits bei früherer Gelegenheit geäußert. Seine Hoffnung ist die Entwicklung des Menschen zu „natürlicher Reife“. Diese Entwicklung sieht er gehindert durch das Bewußtsein der Sünde, weil die Erkenntnis des Guten und Bösen die seelische Gesundheit des Menschen getrübt, ihn mit dem Druck der Schuld belastet und zur Unfreiheit und Unterwürfigkeit erzogen hat. Freiheit und Friede werden nur in einer Welt reifer Menschen zu finden sein, die jenseits von gut und böse stehen und so den natürlichen und ursprünglichen menschlichen Zustand wiedergewonnen haben.

Auf der gegenwärtigen Tagung entwickelte Chisholm, unterstützt von dem Präsidenten der New-Yorker Zoologischen Gesellschaft, Dr. Fairfield Osborn, sehr düstere Prognosen über die materielle Zukunft der Welt. Der europäische Leser wird erstaunt sein zu hören, daß beide Redner sich uneingeschränkt zu der Bevölkerungstheorie von Malthus bekannten. Osborn wies darauf hin, daß die Weltbevölkerung in den letzten 3 Jahrhunderten von 400 Millionen auf 2 Milliarden angewachsen ist. Im Jahre 2000 wird es seiner Meinung nach 3 Milliarden Menschen geben, und damit wird Roosevelts „Freiheit von Not“ sich endgültig in eine Illusion verwandeln. Chisholm zögerte nicht, die Konsequenzen zu ziehen. Die Forderung nach hoher Kinderzahl bezeichnete er als eine „veraltete Tugend“. Der Präsident der Weltgesundheitsorganisation fügte wörtlich hinzu: „Keine Organisation, die sich mit Bevölkerungsfragen zu befassen hat, kann an der Wahrheit vorbei, daß irgendetwas zur Kontrolle der Bevölkerungsvermehrung unternommen werden muß.“ Er beleuchtete diese These an Hand des Beispiels der Bekämpfung der Malaria. Eine Gegend, die von der Malaria befreit ist, wird mehr produzieren können; doch die vermehrte Bevölkerung wird diesen Überschuß restlos verbrauchen. Aber auch der Redner selbst wurde nachdenklich angesichts der Auswirkungen, die seine Theorie auf das Verhältnis von weißer und gelber Rasse haben könnte. Er erwo, ob die Amerikaner nicht auf eine Beschränkung der Bevölkerungszunahme in Japan hinarbeiten sollten, solange sie dies Land besetzt halten. Amerikanische Beobachter nehmen die malthusianischen Ideen, die auf der Washingtoner Tagung entwickelt wurden, sehr ernst und befürchten, daß sie, als ganz neue Forschungsergebnisse von erstklassigen Wissenschaftlern vorgetragen, einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung haben können.

Wir fügen hinzu, daß die Diskussion über die Lehre von Malthus auch bereits auf die englische Presse über-



gegriffen hat, und daß es an der Zeit ist, sich von der christlichen Ethik her erneut mit dem Bevölkerungsproblem und dem gegenwärtigen Stand seiner Erforschung zu beschäftigen.

**Interamerikanische  
Konferenz  
für Katholische  
Soziale Aktion**

In Rio de Janeiro tagte zu Beginn des Herbstes eine Konferenz der Organisationen, die sich mit katholischer sozialer Arbeit beschäftigen, unter Teil-

nahme von Delegierten aus allen amerikanischen Ländern. Das führende katholisch-soziale Werk der Welt, die National Catholic Welfare Conference der Vereinigten Staaten, wurde durch Msgr. Alter, den bischöflichen Leiter ihres Sozial-Departements, vertreten. Die Konferenz wird nach Mitteilungen ihrer Teilnehmer auf weite Sicht hin bedeutende Auswirkungen auf die soziale Tätigkeit im Sinne der Kirche haben, was namentlich für Südamerika eine dringende Notwendigkeit ist.

Es wurde eine „Interamerikanische Vereinigung für Katholische Soziale Aktion“ ins Leben gerufen, die sich das Ziel setzt, auf die sozialen Probleme aller Länder des Kontinents zu achten und auf die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung Einfluß im Sinne der sozialen Doktrin der Kirche auszuüben.

Im Mittelpunkt der Diskussion auf der gegenwärtigen Tagung stand die Frage der ländlichen Gesellschaft. Die Konferenz richtete an Papst Pius XII. die Bitte, eine Enzyklika über diesen Gegenstand herauszugeben, der für ganz Amerika eine entscheidende Bedeutung hat.

In den Entschlüssen der Konferenz wurde die Schaffung von Familienfarmen zur intensiveren Nutzung des Bodens und zur Hebung des Landarbeiterproletariates gefordert und daran gedacht, solche Farmen mit dem Mittelpunkt einer Pfarrei genossenschaftlich zusammenzuschließen.

Im Rahmen eines solchen Programms könnte Amerika eine sehr große Zahl verschleppter Personen aufnehmen, die ihm Nutzen bringen und die übrige Welt entlasten würden.

Für die nationale Wirtschaft der Länder und die Industrie im besondern wurden Industrieräte aus allen Beteiligten als notwendig angesehen, die gegenüber den Betrieben und der Regierung die Rechte der Gesellschaft wahrnehmen sollen und eine wichtige Funktion des allgemeinen Interesses im Hinblick auf eine Steigerung friedlicher Prosperität, volle Ausnutzung der nationalen Arbeits- und Produktionskapazität und demokratische Wirtschaftsführung ausüben können. (Vgl. dazu auch die Erklärung der NCWC zum Tag der Arbeit, dieses Heft, S. 123).

Auch das Genossenschaftswesen wurde der Förderung aller an der Konferenz beteiligten Organisationen empfohlen, weil es ein wirksamer Ausdruck des Gemeinschaftsbewußtseins ist. Besonders denkt man an Konsumgenossenschaften, Produktivgenossenschaften und Kreditgenossenschaften, die eine Restauration der amerikanischen Wirtschaft aus dem Geist der rechten Mitte zwischen Privatkapitalismus und totalitärer Vergesellschaftung des Wirtschaftslebens befördern könnten.

Die soziale Erziehung der Gläubigen nach den Richtlinien der Enzykliken der letzten Päpste wurde als unmittelbar drängende Aufgabe der Glaubensverkündigung bezeichnet. Die Vereinigung wird sich energisch in den Dienst dieser Arbeit stellen.

Die weiteren Entschlüssen geben uns eine Vorstellung davon, welche Fragen in Amerika vordringlich sind. Es wurde Stellung genommen zu den Problemen des gerechten Mindestlohnes, der sozialen Familienhilfe in der Form von Zuschüssen und Lastenausgleich, der Befreiung der Ehefrauen von außerhäuslicher Arbeit, der ungenügenden Bezahlung weiblicher Arbeitskräfte, der häuslichen Frauenschulung, des Schutzes der Ehe und der Anerkennung des Streikrechts, soweit dies nicht mit Gewalt und zu politischen Zwecken mißbraucht wird.

Die nächste Tagung findet 1949 in Columbien statt. Der gesamte amerikanische Episkopat nimmt an den Bestrebungen der „Interamerikanischen Vereinigung“ lebhaft Anteil.

---

## Der Papst spricht zu den Fragen der Zeit

### Die Enzyklika „In Multiplicibus“

*Der Hl. Vater erließ am 24. X. eine Enzyklika, in der er erneute Fürbitten für das Hl. Land anordnet. Wir bringen den Text dieser Enzyklika in einer privaten deutschen Übersetzung:*

Von den vielfachen Sorgen, die Uns in dieser Zeit — aus der so entscheidende Konsequenzen für die Lebensbedingungen der gesamten Menschheit erwachsen — die Bürde Unseres hohen priesterlichen Amtes so schwer machen, bedrängt Uns ganz besonders jene, die der Gedanke an den blutigen Krieg um die heiligen Stätten Palästinas in Uns erweckt.

Wir können euch, ehrwürdige Brüder, wahrlich versichern, daß weder erfreuliche noch traurige Ereignisse

den Schmerz mildern können, der Uns bedrückt beim Gedanken, daß im Lande, in dem Jesus Christus zur Erlösung des ganzen Menschengeschlechtes sein Blut vergossen hat, bis zur Stunde Bruderblut vergossen wird. Und daß dort, wo zuerst die himmlische Friedensbotschaft erklang und die Seelen erhellte, Menschen sich bekämpfen, und die Not der Elenden und die Angst der Entsetzten von Tag zu Tag anwachsen, während tausende von aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlingen in der Fremde herumirren auf der Suche nach Brot und Unterkunft.

Umso mehr quält Uns dieser Schmerz, da Wir von zahlreichen und nicht geringen Schäden an Baulichkeiten